verbandes: „Und greift der böse Feind mal an, hilft ÖTV mit Zimmermann."

Zimmermann konterte gelassen: „Der Bundeswehrverband ist von der Bundeswehr abhängig." Dieser Vorwurf zielt auf den wunden Punkt des Verbandes, der die Interessen der Berufssoldaten gegenüber dem Staat vertreten soll. Laut ÖTV ist er nichts als „der zweite Dienstweg des Herrn Hassel". Und die „Stuttgarter Zeitung" wird „den Verdacht nicht ganz los, als ob die Bundeswehr Zwiesprache mit sich selbst halte".

Diese Zwiesprache ist sehr rege und wird in einem familiären Ton geführt. Im Verteidigungsministerium wie im Kasernenbereich wird dem DBwV alle Hilfe zuteil. Mitgliederversammlungen des Verbandes etwa können stets während der Dienstzeit und in bundeseigenen Räumen veranstaltet werden.

Beim Luftwaffenparkregiment 1 in Erding beispielsweise enthielt der Regimentsbefehl Nr. 2/65 vom 26. Januar unter Punkt drei die Mitteilung, wann und wo „die Jahreshauptversammlung der Standortkameradschaft Erding mit Neuwahl des Standortvorstandes" stattfinden werde. Regimentskommandeur Feuerrohr ließ wissen: „Allen Soldaten, die Mitglieder der Standortkameradschaft sind, ist die Möglichkeit zu geben, an dieser Versammlung teilzunehmen."

Und per Gruppenbefehl Nr. 8/65 wurde am 12. März vom Chef des 1. Bataillons im selben Regiment auf eine Werbeaktion des DBwV hingewiesen. Order: „Die Aktion wird unterstützt, und es ist den Soldaten die Möglichkeit des Besuchs zu geben."

Für die ÖTV hingegen bleiben Dienstunterkünfte, Versammlungsräume und Garnisonen verschlossen. Denn innerhalb militärischer Anlagen, so belehrte Hassels Pressesprecher Oberst Viebig die Gewerkschaft, sei jede werbende Tätigkeit untersagt. Wie Schnürsenkel-Verkäufer können die ÖTV-Werber vor der Kaserne abgewimmelt werden.

Auch mit der Dienstzeit nimmt es die Truppe genau, wenn es um die Gewerkschaft geht. Als der Hauptfeldwebel Heinrich Gerschlauer, Vorsitzender der ÖTV-Soldatengruppe München, am 4. März zu einer Bundesfachtagung der ÖTV nach Stuttgart fuhr, mußte er die Reisezeit von seinem Jahresurlaub abbuchen. Der Oberstleutnant im Generalstab Heinemann bescheinigte ihm auf Anfrage, daß „kein dienstliches Interesse vorliegt".

Die Gewerkschaft möchte sich schleunigst aus ihrer Hausierer-Rolle befreien, wenn nötig mit Hilfe des Bundeskanzlers. In einem Brief an Erhard klagte die ÖTV: „Nach unseren Informationen unternimmt das Bundesverteidigungsministerium alle Anstrengungen, um die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit der Berufssoldaten einzuschränken. Wir besitzen Beweise, daß nicht nur die Mitgliederwerbung unserer Gewerkschaft von Amts wegen behindert wird, sondern daß für die Organisationen der Soldaten zweierlei Recht geschaffen wurde."

Und als der Verteidigungsminister schließlich die gewerkschaftliche Organisierbarkeit seiner Soldaten prinzipiell anzweifelte, forderte der ÖTV-Chef Heinz Kluncker Hassels Rücktritt, denn: „Wer unter Berufung auf das Prinzip von Befehl und Gehorsam Grundrechte der Verfassung . . . einschränkt und beseitigt, ist als Minister eines demokratischen Landes nicht mehr tragbar."

Kanzler Erhard antwortete Kluncker am 10. Juni: „Die von Ihnen gemachten Angaben werden geprüft." Der Verteidigungsminister will die Frage prüfen, ob sich Soldaten gewerkschaftlich organisieren dürfen; ein Gutachten, entweder von Hausjuristen oder von einem Völkerrechtler, soll darüber Auskunft geben.

Die ÖTV aber „hält es für sinnlos, sich länger (mit dem Minister) öffentlich auseinanderzusetzen". Sie will unter die Soldaten, auch ohne Gutachten.

Wenn Bonn bis zur nächsten ÖTV-Hauptversammlung am 1. und 2. Juli im westfälischen Marl keine zufriedenstellende Erklärung über die Koalitionsfreiheit der Soldaten abgegeben hat, will die Gewerkschaft beim Bundesverfassungsgericht klagen.

ÖTV-Präses Kluncker, mit 40 Jahren der Benjamin unter den westdeutschen Gewerkschaftschefs: „Gegen meinen Hexenschuß habe ich noch kein Mittel gefunden, aber die Querschüsse aus Bonn fangen wir schon auf."

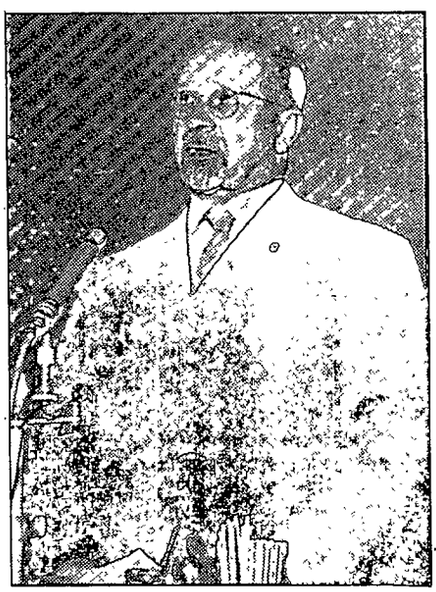
SOWJETZONE

DDR-AUSSENPOLITIK

Die sogenannte BRD

Im Falle der Wiedervereinigung, so befand letzte Woche der CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsident des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, Johann Baptist Gradl, sei sorgfältig zu prüfen, wovon man beim Ulbricht-Regime lernen könne. Nicht alles sei drüben schlecht.

Der zum Lehrherrn avancierte Maurermeister Walter Ulbricht will seinerseits mit dem Lernen so lange nicht warten. Er stibitzt schon jetzt Bonner Ideengut, das am Rhein stets sorgsam behütet worden ist: den Alleinvertretungsanspruch für Deutschland und die — für DDR-Zwecke umgepolte — Hallstein-Doktrin.



DDR-Chef Ulbricht
Aus Pankow eine Hallstein-Doktrin

Per „Manifest" proklamierte die Volkskammer jüngst, daß hinfort die DDR „allein im Namen aller Deutschen, im Namen und im Interesse der ganzen deutschen Nation . . . zu allen Völkern spricht" und nicht etwa „die sogenannte Bundesrepublik Deutschland".

Und auf der diplomatischen Bühne probt Pankow eine Rolle, in der sonst allein Bonn sich gefiel: Es beschwört befreundete Staaten, von der Liaison mit dem anderen Deutschland zu lassen.

Das Wechselspiel vollzieht sich zu einer Zeit, da Bundesaußenminister Gerhard Schröder Handelsmissionen in den osteuropäischen Metropolen etabliert, Außenamts-Staatssekretär Lahr in Rumänien das Terrain für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sondiert, Bundesurlauber in der Schwarzmeer-Sonne brutzeln und Krupps Berthold Beitz mit den Polen handelt.

Während den Bonnern die Hallstein-Doktrin immer weniger doktrinär vorkommt, erscheint sie — in Umkehr-Anwendung — den Pankowern immer passabler. Denn das SED-Regime wähnt sich seit kurzem von allen sozialistischen Geistern verlassen. Seine seit 1954 verkündete These von den zwei gleichberechtigten und völkerrechtlich ebenbürtigen deutschen Staaten war nur so lange hantierbar, wie Bonn kommunistische Staaten, die Ost-Berlin anerkennen, mit Nichtachtung strafte.

Seit die Bundesregierung jedoch „neben verlockenden ökonomischen Angeboten" den „Mißbrauch der Touristik und menschlicher Kontakte" (SED-Organ „Neues Deutschland") nicht mehr scheut, erweist sich die Zwei-Staaten-Theorie als hinderlich: Die sozialistischen Bruderländer finden nichts dabei, mit der potenten Bundesrepublik ebenso fleißig zu verkehren wie zuvor mit der DDR.

So beschloß Pankow, die treulosen Ost-Genossen mit bewährten Bonner Tricks auf DDR-Kurs zurückzulocken. Die Westdeutschen, so mahnte der amtierende DDR-Außenminister Otto Winzer, wollten „die DDR gewissermaßen vom sozialistischen Lager abspalten". Überdies hofften sie, „die osteuropäischen Völker über ihre Revanche-absichten hinwegtäuschen zu können, indem sie von einer Versöhnung mit den östlichen Nachbarn reden".

Und „Neues Deutschland" rügte das ganze sozialistische Lager: „ . . . spekulieren die Bonner Machthaber darauf, daß in einigen sozialistischen Ländern . . . das Vorhandensein kleinbürgerlicher Kräfte nationalistische Tendenzen, z. B. die Ideologie des ‚Nationalkommunismus', begünstigt." Man wisse doch, so tönte Ulbrichts Sprachrohr weiter, „daß die Konzentration des imperialistischen Angriffs auf die DDR nur die erste Etappe des Angriffs gegen andere sozialistische Bruderstaaten darstellen soll".

Genau das aber wollen die sozialistischen Brüder den Ost-Berliner Genossen nicht glauben. Sie scheinen nicht bereit, Ulbricht zuliebe aus der Bundesrepublik eine sogenannte machen zu wollen, und sie lassen sich von ihrem einträglichen Flirt mit den Bundesdeutschen nicht abhalten.

Als Ungarns Außenminister János Péter jüngst in Ost-Berlin war, lehnte er es sogar ab, den „antifaschistischen Schutzwall", die Mauer, zu besichtigen. Das Währungsgebiet D-Mark West ist mit Abstand Ungarns wichtigster westlicher Handelspartner.